

RWE

Die **RWE AG** (früher Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG) ist der zweitgrößte Energiekonzerne in Deutschland und europaweit tätig. Aufgrund seiner unlauteren Lobby-Kampagnen machte der Branchenriese schon häufig Negativ-Schlagzeilen. So gewann der Konzern 2010 die Worst EU Lobbying Awards.^[1]

RWE AG	
Branche	Energieversorgung
Hauptsitz	Essen
Lobbybüro	Friedrichstraße 95, 10117
Deutschland	Berlin
Lobbybüro EU	Avenue de Tervueren 273, 1150 Brüssel, Belgien
Webadresse	rwe.com

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1	Lokales Lobbying	2
1.2	Lobbyismus in Schulen	2
1.3	Mitgliedschaften	3
2	Fallbeispiele und Kritik	3
2.1	2011: Finanzierung von 2 Behördenstellen bei der CO2-Abscheidung	3
2.2	2011: Nebeneinkünfte für Kommunalpolitiker	4
2.3	2009: Greenwashing in der RWE-Werbung	4
2.4	2004: Nebeneinkünfte für CDU-Politiker	4
2.5	Einflussnahme beim Energiewirtschaftsgesetz und Emissionshandel	5
2.6	Erneuerbare-Energie-Gesetz	5
3	Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	5
4	Organe der RWE AG	6
4.1	Vorstand	6
4.2	Aufsichtsrat	6
4.3	Beirat	7
4.4	Stakeholder Council	7
5	Anteilseigner	7
6	Gesellschaften der RWE	7
7	Geschichte	7
8	Weiterführende Informationen	8
9	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
10	Einzelnachweise	8

Lobbystrategien und Einfluss



RWE ist mit einem eigenen Lobbybüro in der Friedrichstraße im Berliner Regierungsviertel präsent. Bei seinen Spitzenlobbyisten setzt das Unternehmen auf ehemalige Journalisten. Der Leiter der Abteilung Energiepolitik am Konzernsitz in Essen, **Peter Heinacher**, kommt vom **Handelsblatt**. Der Leiter der Hauptstadtrepräsentanz, **Peter Leo Gräfe**, arbeitete bis 2006 als stellvertretender Chef des Parlamentsbüros der **Wirtschaftswoche**.

Lokales Lobbying

Als Betreiber großer Kohlekraftwerke und mit seiner starken Rolle beim Braunkohletagebau hat RWE keine gute Umweltbilanz: Nach Berechnungen von **PricewaterhouseCoopers** ist RWE der größte CO2-Emittenten Europas unter den 20 führenden europäischen Stromerzeugern.^[2] Im Rheinischen Kohlerevier stößt das RWE-Tochterunternehmen RWE Power AG deswegen auf wachsenden Widerstand von AnwohnerInnen und UmweltschützerInnen. Doch es entspricht kurz- und mittelfristig den Gewinninteressen des Konzerns, seine Kohlekraftwerke noch möglichst lange betreiben zu können.

Um diese Interessen durchsetzen zu können, ist es für RWE nützlich, dass der Konzern in den früheren Kohlerevieren tief in der Lokalpolitik verwurzelt ist. Eine Besonderheit von RWE ist, dass rund 25% der Anteilseigner Kommunen sind. Die Kommunen sind damit zugleich Konzessionsgeber, Kunden, Anteilseigner sowie die Körperschaften, in denen die MitarbeiterInnen von RWE leben, wo RWE Steuern zahlt und politische Unterstützung benötigt. Der frühere RWE Vorstandsvorsitzende **Jürgen Großmann** formuliert die Beziehungen zwischen RWE und den Kommunen so: "Je besser es RWE geht, desto voller sind die Stadtsäckl."^[3]

Der Konzern scheint auch Verbindungen zu der Bürgerinitiative "Unser Revier – Unsere Zukunft – An Rur und Erft" zu haben, die sich für die Nutzung der Braunkohle einsetzt.^[4]

Lobbyismus in Schulen

Seit 1998 gibt es zudem die **RWE Stiftung**, die die Förderbereiche Bildung, Soziales und Kultur umfasst. Erklärtes Ziel von RWE ist die Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Weiter will sie schulische und wissenschaftliche Bildungs- und Lehreinrichtungen unterstützen. Alle Projekte der Stiftung sollen mit dem Thema Energie verknüpft werden.

RWE bietet ein breit gefächertes Lernangebot zum Thema Energie für Kinder und Jugendliche und bietet Lehrern Lernmaterialien und Planspiele für den Schulunterricht. Des Weiteren unterstützt der Konzern die Schülerwettbewerbe "Jugend forscht" und "Schüler experimentieren" sowie eine Vielzahl an weiteren Projekten.^[5] Außerdem ist es möglich sogenannte "Learn & Fun" Klassenausflüge zu Energiekraftwerken zu unternehmen.^[6]

Mitgliedschaften

RWE ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Eurelectric](#)
- [FORATOM](#)
- [European Nuclear Energy Forum](#)
- [European Energy Forum](#) (EEF)
- [European Federation of Energy Traders](#) (EFET)
- [European Wind Energy Association](#) (EWEA)
- [Eurogas](#)
- [European Association for Storage of Energy](#) (EASE)

Fallbeispiele und Kritik

2011: Finanzierung von 2 Behördenstellen bei der CO₂-Abscheidung

RWE finanzierte 2 zusätzliche Mitarbeiterstellen bei der [Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe](#) (BGR) für ein Projekt zu CCS-Lagerstätten. Das Kürzel CCS steht für "Carbon Dioxide Capture and Storage". Gemeint ist damit die Abscheidung und dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid, das bei der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern und bei industriellen Prozessen wie der Stahlproduktion anfällt. Wegen Sicherheitsbedenken und der hohen Kosten ist CCS sehr umstritten. Zu den Befürwortern gehören die großen Energieversorger. Darunter auch das Unternehmen RWE, welches der BGR anbot, zwei zusätzliche Mitarbeiterstellen für das Projekt „Stability“ zu finanzieren.^[7] Mit dem Projekt sollten weitreichende Regeln für die Auswahl und Sicherung von CCS-Lagerstätten entwickelt werden. Besetzt wurden die Stellen mit externen Experten, der früheren Greenpeace-Aktivistin und RWE-Kritikerin [Gabriele von Goerne](#), die inzwischen als Beraterin zur CO₂-Speicherung arbeitet^[8], und dem wissenschaftlicher Mitarbeiter [Falk Weinlich](#) vom [Institut für Erdöl- und Erdgastechnik](#) der [TU Clausthal](#), welches in Forschung und Lehre mit RWE zusammenarbeitet.^[9] Während der Projektlaufzeit war für Externe nicht immer erkenntlich, dass die Arbeit der beiden von RWE finanziert wurde. Für externe Mitarbeiter regelt seit 2008 eine Verwaltungsvorschrift des Bundes, dass diese nicht in Bereichen eingesetzt werden dürfen, die die finanziellen Stellen der entsendeten Stellen betreffen und dass deren Status als externe Mitarbeiter nach außen hin erkennbar sein muss.^[10] Bei den beiden Mitarbeitern handelte es sich nicht um externe Mitarbeiter, aber die Problematik ist ähnlich: es ging nicht nur um ein Forschungsprojekt, sondern um die Entwicklung von Kriterien für öffentliche Regelwerke. Die Stellungnahmen der BGR zu diesem Vorgang sind lückenhaft und widersprüchlich. In einem Projektbericht vom August 2010 wird die eigene Neutralität unterstrichen und betont, RWE habe "keine

Zwischenergebnisse während der Durchführung erhalten".^[11] In der Antwort auf eine Presseanfrage heißt es dagegen: "Das Unternehmen ist per Zwischenbericht über vorläufige Ergebnisse informiert worden." Der Kooperationsvertrag mit RWE sei aber bereits im Jahr 2009 wieder gekündigt worden, "um konstruierbare Interessenkonflikte zu vermeiden". Zugleich räumte er ein, dass die BGR heute noch an CCS-Projekten beteiligt sei, die von Energieunternehmen mitfinanziert werden, und dass man sich auch in Zukunft Personal von der Privatwirtschaft bezahlen lassen wolle.^[12]

Für diesen Fall ist RWE zusammen mit der BGR für die **Lobbykratie-Medaille** von LobbyControl nominiert worden.

2011: Nebeneinkünfte für Kommunalpolitiker

Im Jahre 2004 wurde bekannt, dass RWE die Gehälter von über 100 Kommunalpolitikern aufstockte und dafür insgesamt 600.000 Euro jährlich aufwendete.^[13]

Als das Bundesverwaltungsgericht 2011 urteilte, dass die BürgermeisterInnen und LandrätInnen ihre Nebenverdienste aus den Beiräten an die Kommunen zahlen müssen, änderte RWE seine Voraussetzungen für die Teilnahme an den Regionalbeiräten. Die Mitglieder sollten nun nicht länger als Amtsträger, sondern als Privatpersonen berufen werden, um damit die Abführungspflicht zu umgehen. Praxis ist jedoch, dass Regionalbeiräte weiterhin aus aktiven und ehemaligen Lokalpolitikern bestehend und auch die Sitzungsgelder werden wie gehabt von einigen Mitgliedern selbst eingestrichen. In Nordrhein-Westfalen prüft nun das Innenministerium, ob dies rechtens ist. Die jetzige Europaabgeordnete und frühere Bürgermeisterin von Bingen, Birgit Collin-Lange, trat jedenfalls von ihrem RWE-Beiratsamt zurück, nachdem LobbyControls sie für diese bezahlte Nebentätigkeit kritisiert hatte.^[14]

2009: Greenwashing in der RWE-Werbung

Im Rahmen der groß-angelegten Imagekampagne "voRWEg gehen" versucht der Konzern sich als Klimaschützer zu präsentieren. 2009 machte der Konzern negative Schlagzeilen mit einem Werbespot, der impliziert, dass RWE stark auf erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung setzt. Die gezeigten Windkraftträder trugen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Spots nur 0,1% zu RWEs Energiemix bei, während der bundesweite Durchschnitt bei 7% lag. Von den außerdem im Spot vorkommenden Gezeitenkraftwerken wurde bis heute noch keines gebaut.^[15] Aus dem Geschäftsbericht 2010 ergibt sich, dass erneuerbare Energien nur 2,7% von RWEs Energiemix ausmachen. Dass RWE versucht sich als großer Klimaretter darzustellen, während der Konzern zugleich Lobbyarbeit für den Weiterbetrieb alter Kohlekraftwerke machte, brachte dem Konzern den **Worst EU Lobby Award 2010** ein.^[16]

2004: Nebeneinkünfte für CDU-Politiker

Der Bundesvorstand der **Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft** (CDA) **Hermann Josef-Arentz** sowie der CDU-Generalsekretär **Lorenz Meyer** mussten 2004 zurücktreten, nachdem bekannt wurde, dass beide versteckte Nebeneinkünfte von RWE in der Höhe von mehreren 10.000 Euro erhielten.^[17]

Einflussnahme beim Energiewirtschaftsgesetz und Emissionshandel

Nach Angaben von [Greenpeace](#) ^[18] setzte [Wolfgang Clement](#) als Bundeswirtschaftsminister bei der Überarbeitung des Energiewirtschaftsgesetzes durch, dass die Industrie eigene Preisabsprachen mit den Energiekonzernen treffen kann. Den Ausgleich zahlten seitdem private Kleinkunden mit hohen Preisaufschlägen. Bei der Novelle setzte RWE Formulierungen auf, die dann eins zu eins im Referentenentwurf des Wirtschaftsministeriums zur "Netzentgeltverordnung Strom" landeten - "wörtlich RWE" oder "weitgehend wörtlich RWE" oder "fast wörtlich RWE" steht in Fußnoten zu einzelnen Absätzen. ^[19]

[Wolfgang Clement](#) ist nach Angaben von Greenpeace auch verantwortlich für die mangelhafte Ausgestaltung des Emissionshandels in der Periode von 2005 bis 2007. ^[20] Er sorgte dafür, dass die Emissionen nur geringfügig gesenkt werden mussten und setzte zahlreiche industriefreundliche Sonderregelungen durch. Auch setzte er sich speziell für den RWE-Braunkohletagebau Garzweiler II ein. Nach dem Ende der rot-grünen Bundesregierung nahm er im Februar 2006 den Posten als Aufsichtsrat der RWE Power AG an, nachdem er diese Tätigkeit bereits bis 1992 schon einmal ausübte. Clemens trat 2008 aus der SPD aus, nachdem er öffentlich dazu aufgerufen hatte, der kohle- und atomkritischen Hessen-SPD unter Andrea Ypsilanti bei der Landtagswahl keine Stimme zu geben.

Erneuerbare-Energie-Gesetz

In der Bundesregierung hat der Konzern mit seiner Lobbyarbeit pro Kohle rund um die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Gehör gefunden. So sind etwa die Braunkohlekraftwerke und -tagebaue - anders als zwischenzeitlich von Energieminister Gabriel geplant - weiterhin von der Zahlung der EEG-Umlage ausgenommen. Auch mit seinem Plan, mit einem "Klimabetrag" für Braunkohlekraftwerke die deutschen Klimaziele bis 2020 doch noch zu erreichen, scheiterte Gabriel am vereinten Widerstand von Kraftwerksbetreibern und Gewerkschaften. ^[21]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Zu den Geschäftsfeldern der RWE AG gehört die Konventionelle Energieerzeugung (RWE Generation), das Energiehandelsgeschäft (RWE Supply & Trading) sowie Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb (RWE International ES). ^[22] RWE ist einer der führenden Strom- und Gasanbieter in Europa, der Energie hauptsächlich aus Kohle und Kernkraft gewinnt. Der Anteil der Erneuerbaren Energien soll in den nächsten Jahren ausgebaut werden. 2014 wurden mit der Konventionellen Stromerzeugung ein Umsatz von 979 Mio. Euro (Prognose für 2015: deutlich unter Vorjahr) erzielt, mit den Erneuerbaren Energien 186 Mio. Euro (Prognose 2015: deutlich über Vorjahr). ^[23]

Der Umsatz des RWE-Konzerns lag 2015 bei 48 Milliarden Euro. ^[24] Die Anzahl der Beschäftigten beträgt ca. 59 Tsd. RWE versorgt 16 Millionen Kunden mit Strom und sieben Millionen mit Gas.

Organe der RWE AG

Vorstand

Name	Funktion
Peter Terium	Vorstandsvorsitzender der RWE AG
Rolf Martin Schmitz	Stellv. Vorstandsvorsitzender der RWE AG
Bernhard Günther	
Uwe Tigges	

(Stand: August 2015) Quelle: ^[25]

Aufsichtsrat

Aufsichtsrat	Tätigkeit
Manfred Schneider	(Vorsitzender), ehem. Vorsitzender der Vorstands der Bayer AG
Frank Bsirske	(Stellv. Vorsitzender), Vorsitzender von ver.di
Werner Brandt	ehem. Mitglied des Vorstands der SAP AG
Roger Graef	Geschäftsführer des Verbands der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
Hans-Peter Keitel	Vizepräsident des Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) , ehem. Vorsitzender des Vorstands der HOCHTIEF AG
Frithjof Kühn	Landrat Rhein-Sieg-Kreis
Christine Merkamp	Leiterin Controlling, Geschäftsfeld Veredelung der RWE Power AG
Dagmar Mühlenfeld	Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr
Wolfgang Schüssel	Ex-Bundeskanzler Österreichs, Mitglied im Kuratorium der Bertelsmann Stiftung
Ekkehard D. Schulz	Ehem. Vorsitzender des Vorstand der ThyssenKrupp AG
Ullrich Sierau	Oberbürgermeister der Stadt Dortmund
Dieter Zetsche	Vorsitzender des Vorstands der Daimler AG
Reiner Böhle, Dieter Faust, Arno Hahn, Manfred Holz, Dagmar Schmeer, Leonhard Zubrowski	VertreterInnen der Betriebsräte

(Stand: August 2015) Quelle: ^[26]

Beirat

Über den Beirat werden Kommunalpolitiker in die Geschäftspolitik der RWE eingebunden. Die offizielle Aufgabe ist die Beratung der RWE in Fragen der Unternehmens- und Energiepolitik mit regionalem Bezug.^[27] Der aus vier Regionalbeiräten bestehende Beirat hat 110 Mitglieder. Über die Beiratsvergütung werden folgende Angaben gemacht: Grundvergütung 3.000 Euro pro Jahr, Sitzungsgeld 1.000 Euro pro Sitzung, Auslagenersatzpauschale 100 Euro pro Sitzung. Pro Jahr finden insgesamt vier Sitzungen statt. In einigen Fällen wurde öffentlich über die Vergütung für Kommunalpolitiker debattiert und einige verzichteten auf die Gelder bzw. gaben die Summen weiter.^[28]

Stakeholder Council

Aufgabe des 2014 gegründeten Stakeholder Council ist es, die Erwartungen aus der Gesellschaft durch regelmäßigen Austausch mit dem RWE-Vorstandsvorsitzenden stärker ins Unternehmen zu tragen. Vorsitzender ist [Justus Haucap](#) (Stand: Mai 2016)

Anteilseigner

Anteilseigner der RWE AG sind:^[29]

- 15 % RWE Energie-Beteiligungsgesellschaft (bündelt den Großteil der kommunalen Anteile)
- 5 % Black Rock Inc.
- 66 % Sonstige institutionelle Anleger
- 13 % Privataktionäre
- 1 % Belegschaftsaktionäre

Gesellschaften der RWE

Die Gesellschaften der RWE AG und der 2016 gegründeten RWE International SE, in der die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb gebündelt sind, können [hier](#) abgerufen werden. Vorstandsmitglied der RWE International SE ist [Hildegard Müller](#), ehem. Cheflobbyistin des [BDEW](#) und Ex-Kanzleramtschefin.

Geschichte

Die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG wurde 1898 mit dem Bau ihres ersten Elektrizitätswerks gegründet, um die Energieversorgung der Ruhrmetropole Essen sicherzustellen. In den folgenden Jahrzehnten expandierte der Konzern stark. Unter anderem erwarb er Verkehrsbetriebe, die 1936 in der Tochtergesellschaft Rheinisch-Westfälische Straßen- und Kleinbahnen GmbH zusammengefasst wurden. Durch den Bau neuer Elektrizitätswerke und die Fusion mit seinem Konkurrenten Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) wuchs RWE stetig und ist heute der zweitgrößte Energieversorger Deutschlands.^[30] Zusätzlich erweiterte RWE über die Jahre seinen Tätigkeitsbereich auf Wasserversorgung

und Abfallentsorgung. Jedoch gelang es RWE nicht auf dem Weltwassermarkt erfolgreich zu sein, und veräußerte somit 2006 seine Anteile am Wassergeschäft.^[31] Im Gegenzug kaufte der Konzern 2009 den niederländischen Energieversorger Essent und konzentriert sich seitdem wieder auf sein Kerngeschäft, die Energieversorgung durch Strom und Gas. RWE nutzt dazu Braunkohle, Kernenergie, Gas, Öl und erneuerbaren Energien. (Der Ausstieg aus der Kernenergie 2011 stieß auf heftigen Protest von Seiten der RWE.)

Weiterführende Informationen

- Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister](#) der EU hat RWE im Geschäftsjahr 2011 1.915.000€ für die direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben.^[32]
- [Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer Verflechtungen zwischen Politik und Energiewirtschaft](#), Herausgeber Greenpeace e.V., Stand: 2/2007
- Markus Balsler und Uwe Ritzer: Lobbykratie: Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten und Gesetze kauft. München 2016. Die Autoren schildern im 2. Kapitel des Buches die Lobbyaktivitäten von RWE im Rahmen der Koalitionsverhandlungen 2013.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Worst EU Lobby Awards 2010](#) Abgerufen am 20. Juni 2011
2. ↑ [RWE und E.ON sind größte CO2-Emittenten unter Europas Versorgern](#) Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR), abgerufen am 28.08.2015
3. ↑ [RWE-Zitate zur Partnerschaft Kommunen und RWE](#) Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA), abgerufen am 28.08.2015
4. ↑ [Unser Revier: die Bürgerinitiative und die Braunkohlelobby](#), Webseite LobbyControl, 11. Mai 2016, zuletzt aufgerufen am 30. Mai 2016
5. ↑ [RWE Portal Schulwettbewerb](#) Abgerufen am 21. Juni 2011
6. ↑ [RWE: Ausflüge für Kinder und Jugendliche](#) Abgerufen am 21.06.2011
7. ↑ [Stability-Abschlussbericht](#) Seite 10, letzter Zugriff 31.10.2011
8. ↑ [Leistungsspektrum](#), Webseite von Gabriele Goerne, abgerufen am 01.11.2011
9. ↑ [Partner und Sponsoren](#), Webseite des Instituts für Erdöl- und Erdgastechnik TU Clausthal, abgerufen am 01.11.2011
10. ↑ [Verwaltungsvorschriften](#) letzter Zugriff 28.10.2011
11. ↑ [Vorschläge zur Erstellung von Richtlinien für die CO2-Speicherung - Bericht \(2010\)](#), BGR-Webseite, abgerufen am 1.11.11
12. ↑ [Stellungnahme liegt LobbyControl vor](#)
13. ↑ [Nebeneinkünfte: RWE sponsort über hundert Kommunalpolitiker](#) Spiegel Online vom 13. Januar 2005. Abgerufen am 21.06.2011
14. ↑ [Birgit Collin-Langen verlässt RWE-Beirat](#) swr.de vom 18.6.2015, abgerufen am 28. Augst 2015
15. ↑ [RWE: Das Riesen-Märchen vom guten Konzern](#) Greenpeace Magazin vom 17. Juli 2009. Abgerufen am 21.06.2011

16. ↑ [Nominierungstext Worst EU Lobbying Award 2010](#), abgerufen am 10.11.2011
17. ↑ [Probleme mit verdeckten Lobbyisten](#) heise.de vom 23. Dezember 2004, abgerufen am 21.06.2011
18. ↑ [Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer Verflechtungen zwischen Politik und Energiewirtschaft](#), Hrsg. Greenpeace, Stand: 02/2007, Website Greenpeace, abgerufen am 22.06.2011
19. ↑ Sascha Adamek/Kim Ott: [Der gekaufte Staat Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben](#), 2. Aufl., Köln 2010, S. 76 f.
20. ↑ [Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer](#), Hrsg. Greenpeace
21. ↑ [BUND-Analyse: 468 Millionen Euro im Jahr für RWE-Klimakiller durch EEG-Reform](#) BUND-Pressemitteilung vom 18.06.2014 , abgerufen am 28. Augst 2015
22. ↑ [Profil](#), rwe.com, abgerufen am 31.05.2016
23. ↑ [Geschäftsbericht 2015](#), rwe.com, abgerufen am 31.05.2016
24. ↑ [GUT INFORMIERT VORWEGGEHEN Mai 2016](#), rwe.com, abgerufen am 31.05.2016
25. ↑ [Vorstand](#) Webseite RWE, abgerufen am 29.08.2015
26. ↑ [Aufsichtsrat](#) Webseite RWE, abgerufen am 29.08.2015
27. ↑ [Beirat des RWE-Konzerns](#), Website RWE, abgerufen am 23.6.2011
28. ↑ [Osnabrück: Landrat Lübbersmann \(CDU\): CDU: RWE-Geld für Landrat nicht vermittelbar](#), Osnabrücker Zeitung, 27. Juli 2015, zuletzt aufgerufen am 27.7.2015
29. ↑ [Aktionärsstruktur, VORWEGGEHEN](#), [Webseite rwe com](#), abgerufen am 29. 08. 2015
30. ↑ [Spiegel Dossier: RWE](#) Abgerufen am 20. Juni 2011
31. ↑ [RWE verkauft Thames Water](#) n-tv.de vom 17. Oktober 2006. Abgerufen am 20. Juni 2011
32. ↑ [EU-Lobbyregister](#), Stand: 23.08.2010